

Die portugiesischen gefangenen Offiziere der englischen Führung die allerhöchsten Wertes; sie allein habe die blutige Niederlage an diesen Fronten verschuldet.

Die kritische Lage des Feinde.

„Daily Mail“ schreibt: Der Eindruck der Deutschen in die englische Front scheint den Versuch einer Umfassung der englischen Armes in Nordfrankreich einzuleiten. Die Schlacht bei La Bassée sei eine Folgewirkung des Vordringens im Süden bis zur Aisne. Seinen Heerführern und seinen heldenhaften Truppen dürfe England vertrauen, daß die Absichten des Feindes sich nicht verwirklichen würden.

Der Pariser „Temps“ meldet: Die Lage an der englischen Front ist kritisch geworden und bedroht auch die französischen Frontstellungen. Nur der schnelle Einmarsch von mindestens 1 1/2 Millionen Mann der alliierten Heere kann uns die verlorenen Stellungen auf der französisch-englischen Front zurückbringen. — Wie das „Berliner Tageblatt“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, wird ein großer Teil der englischen Truppenverbände gegenwärtig neu formiert. Beträchtliche starke Kampftruppen wurden aus der Front gezogen und durch solche rasch von der flandrischen Front herbeigeführt abgelöst. Die englischen Kommandoverhältnisse sind in besonders starke Unordnung geraten. Die Armeekommandanten sind fast ausnahmslos abgesetzt und durch jüngere ganz unbewährte Kräfte ersetzt worden. Die amerikanischen Truppen werden auch weiterhin nur in gemischten Verbänden auftreten, da man mit ihnen infolge ihrer mangelnden Kriegserfahrung keine guten Erfahrungen machte.

Stegemanns Ansicht.

Der bekannte Schweizer Militärkritiker Stegemann kommt bei Besprechung der letzten Kämpfe zu der Ansicht, daß sich die strategische Lage der Engländer nicht gebessert habe und die Lage der Franzosen durch die Bindung ihrer von allen Seiten in den Raum von Beaumont-Aisne strömenden Reserven zu ihrem Nachteil bestimmt wurde. Jedenfalls müsse man damit rechnen, daß es den Deutschen gelungen sei, nicht nur 8000 Quadrat-Kilometer zu erobern, zwei englische Armeen um sämtliche Stützpunkte und Stapel zu bringen und das englische Heer von Paris auf die Hauptbasis Paris-Rouen abzubringen, sondern auch die Initiative zur Fortführung der Offensive zu behaupten. Besteres sei zur Beurteilung der Lage ausschlaggebend.

Paris ist „unbesorgt.“

In den Wandelgängen der französischen Kammer ziefen die französischen und englischen Heeresberichte am Mittwoch einen günstigen Eindruck hervor. Kriegsminister Painlevé äußerte sich, er sei außerordentlich zufrieden über die ausgezeichneten Umstände, unter denen die Heerführer Foch, Pétain, Fagolle harmonisch zusammengearbeitet hätten. In Besprechung der deutschen Offensive bei Armentières betonte Painlevé die prächtige Haltung der englischen und portugiesischen Truppen. Wenn diese auch an einem Punkte durch die Festigkeit der Beschießung zum Wanken gebracht werden könnten, so seien sie doch keinen Augenblick in Unordnung geraten. Painlevé sieht in den letzten deutschen Unternehmungen nur eine Operation mit begrenztem Ziele oder einfach eine Vorbeugungsmaßregel, denn der Feind habe sich über die Unsichtbarkeit seiner großen Pläne Rechenschaft geben können. Die Deputierten unterhielten sich ferner auch über den Beschluß des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, die Regierung über den Czerninzwischenfall anzuhören. Ihre übereinstimmende Auffassung ist, daß die offiziellen Mitteilungen genügend klar gewesen seien, so daß man mit Gebuld den neuerlichen Erklärungen Clemenceaus und Pichons entgegensteht. (1)

Die verstellte Gegenoffensive.

Französische Blätter melden ohne Behinderung durch die Zensur, daß die Entwicklung der militärischen, strategischen Lage General Foch gezwungen habe, seine beachtliche Gegenoffensive in großem Maßstabe auf eine unbestimmte Zeit hinauszuschieben. — Die jüngste Dübener Meldung, der portugiesische Kriegsminister wolle zurücktreten, gewinnt Wahrscheinlichkeit durch die fürchterlichen Verluste an Toten, Vermundeten und Gefangenen des portugiesischen Kontingents.

Die französischen Blutopfer für England.

Ein kurz nach Öffnung der französischen Grenze vor Paris nach der Schweiz gekommener französischer Staatsangehöriger erzählte einem Gewährsmann der „Thurgauer Zeitung“, daß das deutsche Bombardement schreckliche Verheerungen anrichtete und es mehr Tote gebe, als die amtlichen Mitteilungen zugeben. Ueber die Offensive erzählte der Gewährsmann, daß die Franzosen die Lage gerettet hätten, und daß ihre Verluste erheblich größer seien als die der Deutschen infolge der heftigen Gegenangriffe, die die Franzosen hätten machen müssen, um den Engländern den Rückzug zu ermöglichen. Hätten doch die Franzosen 80 Kilometer Front im größten Feuer übernehmen müssen.

Die Beschießung von Paris.

Die Wallländer Blätter melden aus Paris: Durch die deutsche Fernbeschießung auf Paris und Vororte wurden bis Montagabend 128 Personen getötet und 268 verletzt. Die Ferngeschosse fielen bis 2 Kilometer über Meudon hinaus. Die Pariser Zeitungen melden die unverminderte Fortdauer des Fernbombardements auf Paris und Vororte. — Das „Thurgauer Tageblatt“ gibt Mitteilungen wieder, die ein Franzose gemacht hat, der am 8. April von Paris kam. Es gäbe infolge der Beschießung mehr Tote, als die amtlichen Mitteilungen zugeben. Die Bevölkerung sei lange nicht mehr so ruhig, wie früher. Die Versorgung sei mangelhaft. Paris werde nächstens von der Zivilbevölkerung geräumt.

Deutsche Seite.

In den Kämpfen südlich der Oise, die am 9. April an der ganzen Angriffsfront den Höhepunkt erreichten, erbeuteten die Deutschen erhebliche Mengen Ausrüstung und Verpflegung. Bei seiner zähen Verteidigung der Höhen von Courcy-le-Chateau erlitt der französische schwerste Verluste. Der Mortier-Wald südlich von Courcy liegt voller französischer Leichen.

10 000 Feuerschilde.

Das römische Blatt „Italia“ meldet: In der Westfront feuern mehr als 10 000 Feuerschilde Tag und Nacht. Man kann den Munitionsvorbrauch beider Mächtegruppen an der Westfront in den heftigen Offensivschlachten bisher zehnmal so groß annehmen, wie in den Schlachten des Jahres 1917 zusammengekommen.

Die französischen Kanadier wollen nicht kämpfen!

Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ melden „Times“ aus Toronto: Sir Hughes erklärte in einer Rede im kanadischen Parlament, er habe aus Frankreich Offiziere mitgebracht, um die französisch-kanadische Bevölkerung dazu zu bewegen, französische Regimenter aufzustellen. Es habe sich aber als unmöglich herausgestellt, Rekruten aufzutreiben oder, soweit Rekruten aufgetrieben werden konnten, aufgestellte Regimenter beisammen zu halten.

Australische Brutalität.

Englische Offiziere haben folgenden in den Gräben der Australier mitleidigen Vorgang zu Protokoll gegeben: Als einige deutsche Gefangene mit Begleitmannschaften vorüberkamen, wurde plötzlich einer von ihnen in Stücke zerrissen. Kurz darauf ging es einem anderen gerade so. Die englischen Offiziere sahen dann, wie ein Australier beim Herannahen von Vorgesetzten schnellst Handgranaten in einen Sack verschwinden ließ. Ein anderer tat so, als sei nichts geschehen, und rauchte ruhig seine Pfeife. Die Australier hatten einfach Handgranaten zwischen die ahnungslosen deutschen Soldaten geworfen.

Clemenceau und Czernin.

Eine Wiener Erklärung gegen Clemenceau.

Aus Wien wird amtlich gemeldet: Herr Clemenceau sucht sich durch fortgesetzte Verdrehungen der Tatsache aus der peinlichen Lage herauszuwinden, in die er durch das Ableugnen der in der Rede des Grafen Czernin am 2. April enthaltenen Feststellungen geraten ist.

Wir halten es für überflüssig, die Unwahrheit einzelner seiner Behauptungen besonders nachzuweisen, denn wir würden uns damit nur in den Dienst eines offensichtlichen Bestrebens stellen, durch eine Exzerpt über die Vorgeschichte der Freiburger Zusammenkunft die Aufmerksamkeit von jenen zwei Tatsachen abzulenken, auf welche es in der Rede des Grafen Czernin allein ankommt, daß nämlich Herr Clemenceau nach kurz vor Beginn der letzten Offensive im Westen eine Annäherung an Oesterreich-Ungarn gesucht und ihm sodann zu wissen gegeben hat, daß Frankreich zu einem Frieden ohne Annexion Elsaß-Lothringens nicht zu haben sei. Nun sucht Herr Clemenceau in seinem Bestreben, die Aufmerksamkeit von diesen zwei Punkten dadurch abzulenken, daß er angeblich politische Äußerungen in die Diskussion wirft, welche Kaiser Karl brieflich getan haben soll und welche, wie er behauptet, besagen, daß der Kaiser den gerechten Wünschen Frankreichs zustimme, daß ferner sein Minister des Aeußeren ebenso denke wie er. Die Unsinnigkeit dieser Behauptungen liegt auf der Hand. Sie steht in kräftigstem Widerspruch mit allen öffentlichen Reden, welche der verantwortliche Minister des Aeußeren stets gehalten hat und welche auch in Frankreich bekannt sind. Insbesondere beweist die nicht einmal von Clemenceau abzuleugnende Tatsache, daß kaiserliche und königliche Truppen für Elsaß-Lothringen an der Westfront kämpfen, klarer als alle Argumente die über jeden Zweifel erhabene Bundesstreue Gesinnung unseres Monarchen. Zum Ueberflus sei ausdrücklich festgestellt, daß die Angaben Herrn Clemenceaus über die brieflichen Äußerungen Kaiser Karls von Anfang bis zu Ende erlogen sind. Deutlich geht aus all den Äußerungen Clemenceaus nur die von ihm offen eingestandene Tatsache hervor, daß der Krieg an der Westfront andauert, weil Frankreich Elsaß-Lothringen erobern will. Einen besseren Beweis, daß die Mittelmächte zur Verteidigung ihres Bestandes kämpfen, hätte Herr Clemenceau der Welt nicht liefern können.

Kaiser Karl an Kaiser Wilhelm.

Der österreichische Kaiser hat gestern an den Deutschen Kaiser folgendes Telegramm gerichtet:

„Der französische Ministerpräsident, in die Enge getrieben, sucht dem Vögennes, in das er sich verstrickt hat, zu entkommen, indem er immer mehr und mehr Unwahrheiten anhäuft und sich nicht scheut, nunmehr auch die völlig falsche und unwahre Behauptung aufzustellen, daß ich irgend welche gerechten Rückverwehrsansprüche Frankreichs auf Elsaß-Lothringen anerkannt hätte. Ich weise diese Behauptung mit Entrüstung zurück. In einem Augenblick, in welchem die österreichisch-ungarischen Kanonen gemeinsam mit den deutschen an der Westfront donnern, bedarf es wohl kaum eines Beweises dafür, daß ich für meine Provinzen genau so kämpfe und auch ferner zu kämpfen bereit bin, als gelte es, mein eigenes Land zu verteidigen. Obwohl ich es angeht dieses sprechenden Beweises einer völligen Gemeinnachheit in den Zielen, für welche wir seit nunmehr fast vier Jahren den Krieg fortzuführen, für überflüssig halte, ein Wort über die erlogene Be-

hauptung Clemenceaus zu verlieren, sagt mir doch daran, sich bei dieser Gelegenheit erneut der vollständigen Solidarität zu versichern, die zwischen mir und mir, zwischen Meinen und Meinen besteht. Keine Intrigen, keine Versuche, vorwem sie auch ausgehen mögen, werden unsere treue Waffenbrüderschaft gefährden. Gemeinsam werden wir den ehrenvollen Frieden erzwingen.“

Deutsche Aufforderungen an Rußland.

Rußlands Frieden mit der Ukraine.

Die Petersb. Telegr.-Ag. meldet: Funkpruch der deutschen Regierung an das Kommissariat für auswärtige Angelegenheiten:

Gemäß Artikel 6 des Friedensvertrages hat sich die russische Regierung verpflichtet, mit der ukrainischen Republik binnen kurzer Frist Frieden zu schließen. Nach Mitteilung der ukrainischen Regierung hat die russische Regierung keinen Schritt unternommen, um die Herbeiführung des Friedens zu beschleunigen, trotz der Anregungen und Versuche der Ukrainer. In der Voraussetzung, daß der russisch-ukrainische Friedensvertrag unter anderem alle zweifelhaften Fragen hinsichtlich der Ausdehnung des ukrainischen Gebietes lösen soll, gibt die deutsche Regierung der Hoffnung Ausdruck, daß die russische Regierung ohne Verzögerung in Unterhandlungen mit der Regierung der ukrainischen Republik eintreten wird, und er sucht, sie von dem Beginn der Verhandlungen in Kenntnis zu setzen. Ausdrücklich Amt, von dem Busche.

Das Kommissariat der auswärtigen Angelegenheiten hat an Deutschland folgende Antwort über die Verhandlungen mit der Kiewer Rada gerichtet: In Beantwortung des Funkpruches des deutschen Auswärtigen Amtes vom 5. April, worin die deutsche Regierung die russische Regierung an ihre nicht erfüllte Pflicht erinnert, Friedensverhandlungen mit der Kiewer Rada aufzunehmen, teilt das Kommissariat der auswärtigen Angelegenheiten den Wortlaut dieses noch am 4. April nach Kiew gesandten Funkpruches mit, mit dem Vorschlag, die Verhandlungen am 6. April in Smolensk zu beginnen. Da von der Kiewer Rada noch keine Antwort eingegangen ist, ersucht das Kommissariat der auswärtigen Angelegenheiten die deutsche Regierung, den Wortlaut des erwähnten Funkpruches, worin als Verhandlungsort Smolensk vorgeschlagen wird, der Rada mit neuem Datum zur Kenntnis zu bringen.

Die Entwaffnung russischer Kriegsschiffe.

Folgender Funkpruch ist dem Kommissariat der auswärtigen Angelegenheiten vom deutschen Auswärtigen Amte am 5. d. Mts. zugegangen:

Gemäß Artikel 5 des Friedensvertrages hat Rußland sich verpflichtet, seine Kriegsschiffe nach den russischen Häfen zurückzuführen oder sie unversenklich zu entwaffnen. Tatsächlich befinden sich noch zahlreiche russische Kriegsschiffe in Kriegsausrüstung außerhalb der russischen Häfen, und zwar insbesondere in den Häfen Finnlands, was dem Artikel 6 des Friedensvertrages zuwiderläuft, auf dessen Einhaltung hinsichtlich Finnlands die kaiserlich deutsche Regierung zu wiederholten Malen gedrungen hat. Im Einvernehmen mit der finnländischen Regierung schlägt die kaiserlich deutsche Regierung der russischen Regierung vor, die Entwaffnung der außerhalb der russischen Häfen im Baltischen Meer befindlichen Kriegsschiffe in Angriff zu nehmen. Unter vorläufiger Entwaffnung versteht sie die Entfernung von Geschützen, Kanonen und Mienenkapseln. Die kaiserlich deutsche Regierung drückt den Wunsch aus, daß die vorläufige Entwaffnung in sieben Tagen, jedenfalls bis zum 12. April mittags, beendet sein wird. Andernfalls behält sie sich das Recht vor, Maßnahmen im Einvernehmen mit Finnland zu ergreifen.

von dem Busche.

Die Ukraine an Rumänien.

Ukrainische Ansprüche auf Süd-Bessarabien.

Der Präsident der Volksminister der Ukraine hat an die königlich rumänische Regierung folgende Note gerichtet:

Hiermit beehre ich mich, zu erklären, daß der Rat der Volksminister der ukrainischen Volksrepublik es für notwendig hält, der königlich rumänischen Regierung folgendes zur Kenntnis zu bringen: Die ukrainische Regierung hat besonderes Interesse an dem Schicksal Bessarabiens, des Grenzgebietes der ukrainischen Volksrepublik. Obwohl die Gebiete der beiden dominierenden Völker, des ukrainischen und des moldauischen, miteinander verflochten sind, unterliegt es keinem Zweifel, daß in dem nördlichen Teile des bessarabischen Territoriums größtenteils Ukrainer leben, und in dem südlichen Teile (zwischen der Donau und der Danjestr-Mündung am Schwarz-Meerufer) die Ukraine die relative Mehrheit besitzt, und auf diese Weise Bessarabien angesichts seiner ethnographisch-ökonomischen und politischen Lage ein unteilbares Ganzes mit dem Grundterritorium der ukrainischen Volksrepublik bildet. Die ukrainische Regierung, die einen bedeutenden Teil des Schwarz-Meerufers beherrscht, in dessen westlichem Teil ein so wichtiges Handelszentrum wie Odessa liegt, mit dem Süd-Bessarabien verbunden ist, stellt sich auf den Standpunkt, daß jene Ueberwanderung der ehemalsigen rumänisch-russischen Grenze, insbesondere in ihrem nördlichen und südlichen Teile die politischen und ökonomischen Interessen der ukrainischen Volksrepublik stark berührt. Mit Rücksicht darauf, daß zur Zeit ein bedeutender Teil Bessarabiens von rumänischen Truppen besetzt ist, und daß die weitere Ausdehnung Bessarabiens zum Ungunsten von Ru-

Produktion gemacht die unter der Bezeichnung... Die... r... Schiffe... Drohe... Artikel... f... man... in diese... kommen... ob es... mittel... Ein... w... Geburts... ren Tru... läßt da... Z... f... k... tr... g... hier... und ein... B... 1) B... g... Natur... orber... mich, und je... geben... durch... er mi... warf... fort... gab d... er fü... Geige... unent... gute... meint... Geige... erblig... im St... poster... mit a... wiffen... Junge... 2) D... 1) B...